

# ***Bildungsmonitor 2016: Bundesländer erreichen keine Verbesserungen mehr***

## **Bildungsintegration der Flüchtlinge wird zur zentralen Herausforderung**

### **Zusammenfassung und Bewertung**

18. August 2016

Im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in diesem Jahr bereits zum 13. Mal den Bildungsmonitor vorgelegt. Der Bildungsmonitor untersucht in zwölf bildungsökonomisch relevanten Handlungsfeldern (z. B. Inpoteffizienz, Förderinfrastruktur, Zeiteffizienz, Berufliche Bildung, Hochschule und MINT) anhand von 93 Indikatoren, wie die Bundesländer Bildungsarmut reduzieren, zur Fachkräftesicherung beitragen und Wachstum fördern. Damit beschreibt er relative Stärken und Schwächen einzelner Bundesländer.

### ***In jedem Bundesland Stärken – aber auch Schwächen***

Im Vergleich zum Vorjahr erreichen die Bundesländer keine Fortschritte im Gesamtbild der zwölf Handlungsfelder. In einzelnen Handlungsfeldern (z. B. Förderinfrastruktur, Betreuungsbedingungen und Forschungsorientierung) gibt es zwar Fortschritte, diese werden aber durch stagnierende (Zeiteffizienz, Schulqualität) bzw. sinkende Werte (Bildungsarmut, Berufliche Bildung, Ausgabenpriorisierung, Integration) wieder kompensiert. Die besten Ergebnisse im Bildungsmonitor 2016 erreichen Sachsen, Thüringen, Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg. Alle weiteren elf Bundesländer liegen mit einem kleinen Abstand eng beieinander dahinter. In allen 16 Bundesländern zeigen sich klar Stärken, aber auch Schwächen, die deutlichen Handlungsbedarf auf-

zeigen. Z. B. ist Bayern Spitze bei der beruflichen Bildung, bei der Vermeidung von Bildungsarmut und der Inpoteffizienz, hat aber ebenso wie Baden-Württemberg weiterhin Nachholbedarf beim Ausbau von Ganztagsplätzen. Hamburg ist Spitze bei der Internationalisierung, das Ausmaß an Bildungsarmut unter den Schülern ist jedoch hoch.

### ***Stärkste Verbesserung im Saarland und in Hamburg – Stagnation in Schleswig-Holstein, Sachsen und Baden-Württemberg***

Gegenüber dem Bildungsmonitor 2013, bei dem erstmals die aktuelle Methodik und Indikatorenauswahl verwendet wurde, haben sich das Saarland und Hamburg am stärksten verbessert. Im Saarland konnten große Verbesserungen bei der Forschungsorientierung (Bedeutung der Hochschulen im regionalen Forschungsverbund sowie für die Ausbildung des Forschungsnachwuchses), dem Handlungsfeld Hochschule/MINT sowie bei den Betreuungsbedingungen in den Bildungseinrichtungen erreicht werden. In Hamburg gab es deutliche Fortschritte in den Handlungsfeldern Förderinfrastruktur, Ausgabenpriorisierung und Internationalisierung.

Durch die starke Zunahme der Abbrecherquote bei ausländischen Schülern (Handlungsfeld Integration) in Sachsen stagniert dort das Gesamtergebnis. In Baden-Württemberg stagnierten die Ausgaben je



Grundschüler, während die öffentlichen Gesamtausgaben je Einwohner deutlich zunahmen. In Schleswig-Holstein gab es Rückschritte bei Integration und Forschungsorientierung.

Ein Rückschritt ist vor allem bei der Integration ausländischer Schüler zu beobachten. Da die im Bildungsmonitor erfassten Daten mit dem Jahr 2014 enden, ist die große Zahl der 2015 in Deutschland angekommenen Flüchtlingskinder nicht enthalten. In diesem Zusammenhang wird die Integration der nach Deutschland Geflüchteten in das Bildungssystem die bildungspolitische Schwerpunktsetzung der nächsten Jahre bestimmen.

### **Zentrale Herausforderung: Bildungsintegration der Flüchtlinge**

Ausmaß und Altersstruktur der insbesondere im Jahr 2015 nach Deutschland geflüchteten Menschen stellen besondere Herausforderungen für das Bildungssystem dar. 2015 wurden 1,1 Mio. Menschen als Flüchtlinge registriert, 57 % sind unter 25 Jahre alt. Der Bildungsmonitor identifiziert acht Maßnahmenbereiche, in denen besondere Anstrengungen notwendig sind:

#### **1. Qualifikationsbasis der Geflüchteten verbessern**

Das Qualifikationsniveau vieler Flüchtlinge ist sehr niedrig. Maßnahmen zur Alphabetisierung und (arbeitsplatzbezogenen) Grundbildung sind voranzutreiben.

#### **2. Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete verbessern**

Aufenthaltsrechtliche Restriktionen für Asylbewerber und Geduldete wirken hinsichtlich einer angestrebten Integration in den Arbeitsmarkt hemmend. Nach aktueller Rechtslage (Verordnung Integrationsgesetz) wird die Vorrangprüfung nur in Bezirken mit günstiger Arbeitsmarktlage ausgesetzt. Die Vorrangprüfung sollte flächendeckend für den genannten Personenkreis abgeschafft werden.

#### **3. Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen**

Die gelingende Integration von Flüchtlingskindern in das deutsche Bildungssystem setzt voraus, dass diese ihre Potenziale voll ausschöpfen können. In vielen Fällen geht Bildungsarmut bisher einher mit einem Migrationshintergrund.

#### **4. Frühkindliche Bildung stärken**

Insbesondere für Kinder aus bildungsfernen und nicht deutschsprachigen Familien wirkt der Besuch einer Kita sehr positiv auf die spätere Schullaufbahn. Damit alle Kinder mit Fluchthintergrund eine Kita besuchen können, werden im Jahr 2017 rd. 98.500 zusätzliche Kita-Plätze benötigt (Kosten: 689,2 Mio. €).

#### **5. Förderbedingungen in der Schule verbessern**

Für Flüchtlingskinder ist eine intensive Vorbereitung auf den Schulalltag in Deutschland notwendig. Ziel sollte eine möglichst schnelle Integration in die Regelklassen sein. Lehrkräfte benötigen eine entsprechende Qualifizierung (Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache). Die Schulpflicht sollte zeitnah nach Ankunft einsetzen, die Option zum Schulbesuch bis zum 21. (bei Bedarf bis zum 25.) Lebensjahr ausgedehnt werden. Die Ausgaben im Jahr 2017 für die Integration der Flüchtlingskinder in das Schulsystem werden auf 1,279 Mrd. € geschätzt.

#### **6. Flüchtlinge für die Ausbildung gewinnen**

Wichtig ist eine gezielte Ausbildungsvorbereitung. Die bundesweiten Programme Einstiegsqualifizierung, Ausbildungsbegleitende Hilfen, Berufsausbildungsbeihilfe und Assistierte Ausbildung sollten weiterentwickelt, erfolgreiche Modellprojekte verstetigt werden. Daneben gibt es in vielen Regionen bereits sehr gute Projekte und Initiativen (Berufsintegrationsklassen in Bayern, Programm JuFa und Integrationslotsen in Baden-Württemberg). Insgesamt ist in diesem Bereich im Jahr 2017 mit Ausgaben in Höhe von

1,346 Mrd. € zu rechnen (insbesondere Ausbildungsvorbereitung für 120.000 Teilnehmende).

#### 7. *Übergang zur Hochschule verbessern*

Die Hochschulen sind aufgefordert, durch entsprechende Angebote (Sprachkurse, Online-Angebote, Studierfähigkeitstests) den Übergang in ein Studium zu verbessern. Die entsprechenden Kosten werden auf 133 Mio. € im Jahr 2017 geschätzt. Quantitativ gesehen wird aber der Übergang in Ausbildung weitaus bedeutender sein.

#### 8. *Regionale Verteilung anpassen*

Die im Integrationsgesetz beschlossene Wohnsitzauflage kann helfen, die regionale Verteilung der Flüchtlinge an die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt und die Kapazitäten des (Aus-)Bildungssystems anzupassen.

### **Kurz- und mittelfristig erhebliche Kosten – Langfristig Beitrag zu Vermeidung von Fachkräftengpässen möglich**

Fasst man alle beschriebenen Maßnahmen zur Bildungsintegration von Flüchtlingen zusammen, ergeben sich für das Jahr 2017 Gesamtkosten der öffentlichen Hand in Höhe von 3,45 Mrd. €. Durch eine bessere Arbeitsmarktintegration können jedoch bereits in naher Zukunft durch geringere Sozialleistungen jährliche Beträge in Höhe von 3,1 Mrd. € eingespart werden (wie andere Studien des IW zeigen). Langfristig können die erworbenen Qualifikationen der Flüchtlinge dazu beitragen, bestehende bzw. zu erwartende Fachkräftengpässe zu vermindern.

### **Bewertung**

Der Bildungsmonitor 2016 zeigt einmal mehr sehr deutlich, wie stark sich Fortschritte im Bildungssystem „auszahlen“, d.h. entscheidend zur Wertschöpfung beitragen.

Die bildungsökonomische Perspektive des Bildungsmonitors ist ein Alleinstellungsmerkmal: Im Zentrum stehen die Themen der Wirtschaft, allen voran die Fachkräftesicherung als Kernpunkt für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Es ist für Unternehmen und Verbände der Wirtschaft wichtig zu erkennen, dass und wie durch Verbesserungen im Bildungssystem eine Zunahme an Fachkräften erreicht werden kann und wie die einzelnen Bundesländer vorankommen.

Die Tatsache, dass es bei der Integration ausländischer Schüler Rückschritte gibt, stimmt angesichts der enormen Herausforderung, die die Integration von Flüchtlingen in das deutsche Bildungssystem darstellt, bedenklich.

Die in weiten Teilen fehlende Transparenz in der Bildungspolitik verhindert, dass die Länder im Sinne des föderalen Wettbewerbs voneinander lernen. Im Vergleich zur Arbeitsmarktforschung, die in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut wurde, so dass arbeitsmarktpolitische Entscheidungen evidenzbasierter möglich sind, wird in der Bildungspolitik in weiten Teilen „empiriefrei“ und daher häufig ideologisch entschieden. Hier bedarf es einer deutlichen Veränderung der Kultuspolitik und des Verwaltungshandelns hin zu mehr systematischer Erforschung von bundeslandspezifischen Bildungsinitiativen und der Bereitstellung von Vergleichsgrößen – auch, damit Wählerinnen und Wähler die Qualität des eigenen Bildungssystems beurteilen können.

### **Ansprechpartner:**

#### **BDA | DIE ARBEITGEBER**

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

#### **Bildung | Berufliche Bildung**

T +49 30 2033-1500

bildung@arbeitgeber.de